



Internationale Katholische
Friedensbewegung

Argumente und
Handlungsvorschläge



Gute Gründe aktiv zu werden.

Für eine Eindämmung des Waffenhandels!

pax christi-Kommission Rüstungsexport

Während seiner Reise in den Nahen Osten stellte Papst Franziskus eine klare und deutliche Frage: „Wer produziert und verkauft die Waffen, mit denen Unschuldige getötet werden?“ (zit. nach: Süddeutsche Zeitung, 26.5.2014). Wenig später verurteilte er in Rom diejenigen, die mit Waffen Kriege schüren, als „Händler des Todes“ (zit. nach: Kathweb, 11.6.2014). Der Skandal des internationalen Handels mit Waffen kann uns als katholische Christen/innen in Deutschland nicht gleichgültig lassen. Deutschland steht mittlerweile mit ca. 7% Marktanteil auf Platz drei der Rangliste der internationalen Waffenexporteure hinter den USA und Russland. Die Europäische Union insgesamt erreicht einen Anteil von nahezu 25% und damit fast das Niveau von Russland.

Die Problemlage

Waffenhandel ist ein gutes Geschäft: Weltweit lag der Umsatz der TOP 100 unter den Rüstungsunternehmen im Jahr 2011 bei 410 Mrd. US Dollar. Der internationale Handel mit Rüstungsgütern hat von 2009 und 2013 um 14% im Vergleich zum vorhergehenden Vierjahreszeitraum zugenommen (Quelle: SIPRI). Der Rüstungsmarkt wird in allen Ländern von multinationalen Konzernen dominiert, der Konzentrationsprozess in dieser Branche schreitet ständig voran. Das hat auch zur Folge, dass eine einflussreiche Lobby Druck auf politische Entscheidungen ausüben kann.

Da die Entwicklung hochtechnologischer neuer Waffensysteme enorm teuer ist, können über Exporte und damit höhere Stückzahlen die Entwicklungskosten besser aufgefangen werden. Gleichzeitig führt die ständige Entwicklung

Was können wir tun?

Um eine andere Rüstungsexportpolitik zu erreichen, wird angesichts der mächtigen wirtschaftlichen und politischen Interessen, die dagegen stehen, ein langer Atem notwendig sein. Dabei müssen in der Öffentlichkeit immer wieder Zusammenhänge aufgezeigt und Transparenz hergestellt werden. Auf dieser Grundlage können Protest und politische Initiativen aufgebaut werden. Um den expandierenden Waffenhandel einzudämmen und der Forderung nach zivilen Mitteln der Konfliktverarbeitung Vorrang zu verschaffen, sind Vernetzung und breit angelegte Bündnisse und Kampagnen für deren Durchsetzung unerlässlich.

Zusammenhänge aufzeigen!



- In vielen Kriegs- und Krisengebieten sind kirchliche Hilfswerke und Ordensleute präsent und versuchen, Not z.B. für Flüchtlinge zu lindern. Es ist wichtig, ihnen Möglichkeiten in Deutschland zu eröffnen, wo sie aus erster Hand darüber berichten können, was mit Hilfe der gelieferten Waffen angerichtet wurde. Misereor und Caritas International sind hier zentrale Ansprechpartner.
- Der jährliche Rüstungsexportbericht der GKKE (Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung) ist eine zuverlässige Quelle über die aktuelle Lage. Diese Informationen verdienen es, mehr als bisher über die Fachwelt hinaus bekannt gemacht zu werden. Angebote der kirchlichen Bildungswerke für Gremien, in Gemeinden und in der Jugendarbeit sollten diesen Bericht aufbereiten, verbreiten und diskutieren.

neuer Waffensysteme dazu, dass Rüstungskontrollvereinbarungen und völkerrechtliche Regelungen unterlaufen bzw. überholt werden. Dies zeigt sich aktuell im Bereich der Entwicklung von Drohnen und voll automatisierten Waffensystemen.

Von politischer Seite werden in Deutschland Rüstungsexporte verstärkt als Mittel eingesetzt, um strategische Partner auch außerhalb der NATO zu unterstützen und um dort politischen und wirtschaftlichen Einfluss zu gewinnen. Eigentlich verbieten die Politischen Grundsätze der Bundesregierung aus dem Jahr 2000 Rüstungslieferungen in Krisengebiete und in Staaten, welche die Menschenrechte missachten.

In der Praxis treten diese Grundsätze immer mehr in den Hintergrund, was Lieferungen z.B. nach Saudi-Arabien oder in eine akute kriegsartige Auseinandersetzung wie im Nordirak im Herbst 2014 zeigen. Nach wie vor fallen Entscheidungen geheim im Bundessicherheitsrat; der Bundestag und die Öffentlichkeit werden erst im Nachhinein darüber informiert.



- Materialangebote für Schulen, Einrichtungen der Erwachsenenbildung, aber auch für interessierte Einzelpersonen dienen sowohl der Information als auch der Vertiefung des Problembewusstseins in der Bevölkerung (Berghof Foundation in Tübingen). Bei der Erstellung und möglichst weiten Verbreitung können katholische Organisationen eng zusammenarbeiten.
- Bei konkreten Exportprojekten in Spannungsgebiete kann die Öffentlichkeitsarbeit kirchlicher Institutionen und Verbände Stellung nehmen und Aufmerksamkeit wecken, gerade wenn versucht wird, politische Entscheidungen hinter verschlossenen Türen herbeizuführen. Besonders auf lokaler und regionaler Ebene sollten Kontakte zu den Medien gepflegt und aufgebaut werden, um kritische Öffentlichkeit zu schaffen.
- Viele kirchliche und politische Entscheidungsträger, und auch viele Bundestagsabgeordnete sind mit den Problemen des Rüstungsexportes nicht vertraut. Hier können Verbände und kirchliche Gremien auf allen Ebenen das Gespräch suchen, um für die Probleme zu sensibilisieren und zu zeigen, dass Veränderungen erwartet werden. Dazu gehört auch, dass Entscheidungsträger, die sich für eine zurückhaltende Rüstungsexportpolitik einsetzen, öffentlich unterstützt werden.

Friedensethische Aussagen

Wenn wir die friedensethischen Aussagen der Katholischen Kirche ernst nehmen wollen, können wir es nicht zulassen, dass weiterhin und in zunehmendem Maße unschuldige Opfer in den Krisengebieten dieser Welt den Preis für diese Politik bezahlen.

Das friedliche Zusammenleben der Völker, die Anerkennung der Würde und des Rechts auf Unversehrtheit jedes einzelnen Menschen sowie die alleinige Verfügung Gottes über Leben und Tod eines jeden Menschen sind Kernstücke unseres Glaubens. Friede/„shalom“ ist ein biblischer Kernbegriff. Darin steckt auch die Vision einer vollständigen Überwindung der Gewalt.

Orientierung und biblische Perspektive gibt uns der Textauszug „Schwerter zu Pflugscharen, ... und niemand rüstet sich noch für den Krieg“

(Micha 4,3). Die bitteren Erfahrungen zweier Weltkriege haben dazu geführt, dass die katholische Kirche diese Perspektive immer mehr in den Mittelpunkt ihrer Friedenslehre gestellt hat.

Dieser Aufruf bedeutet für die Welt von heute, dass die Legitimität von Waffenexporten vor dem Hintergrund der grundsätzlichen Verurteilung des Krieges betrachtet werden muss.

„Nie mehr die einen gegen die anderen, niemals, niemals mehr! ... Nie mehr Krieg, niemals mehr Krieg! Es ist der Friede, der Friede der das Geschick der Völker und der ganzen Menschheit leiten muss!“ (Acta Apostolica Sedes 57, 1965, S.881) Dieser politische Appell wurde von Papst Paul VI. im Jahr 1965 formuliert, zu einer Zeit also, in der es den Menschen – bedingt durch das atomare Wettrüsten des Kalten Krieges – mehr als

Beispiele aus der Praxis

Seit Mai 2011 ist die Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ erfolgreich darin, die deutsche Rüstungsexportpolitik zum Gegenstand der öffentlichen Debatte zu machen. Das gelingt durch verschiedenste Aktivitäten, die sich gegenseitig ergänzen und inspirieren. Manche Aktionen zielen auf das direkte Gespräch, andere haben die Medien im Blick. Mehr Beispiele und den Kalender mit der Ankündigung aller Aktivitäten im Rahmen der Kampagne finden Sie im Internet unter www.aufschrei-waffenhandel.de

Politische Initiativen entfalten!



- Öffentliche Veranstaltungen aller Art (Vorträge, Podiumsdiskussionen, Hearings, Pressekonzferenzen...) tragen dazu bei, von der Bundesregierung einzufordern, dass Lieferungen in Kriegsgebiete und Staaten, die Menschenrechte verletzen, endlich aufhören und dass die Geheimhaltung über Exportprojekte aufgegeben wird.
- Demonstrationen, Gedenkveranstaltungen und Mahnwachen eröffnen die Möglichkeit, bewusst als kirchliche Akteure aufzutreten und öffentlich Farbe zu bekennen. Gebetsandachten oder Gottesdienste in diesem Zusammenhang können über die politischen Abwägungen hinaus Zugänge zu den grundsätzlich ethisch-religiösen Fragen eröffnen.

bewusst war, dass „der Krieg [...] nicht aus der Welt geschafft [ist]“ (Gaudium et Spes, 79).

Gerade weil der Krieg nicht aus der Welt geschafft ist, besitzt die Notwendigkeit, jede Politik am Frieden zu orientieren, normativen Charakter. Krieg ist kein geeignetes Mittel, um zwischenstaatliche Konflikte zu lösen. „Er war es nie und wird es nie sein.“ (Johannes Paul II, Acta Apostolica Sedes 83, 1991, S.475). Daher ist jeder Angriffskrieg aus sich heraus unmoralisch (Katechismus, 2265). Eine Politik, die auf militärische Abschreckung setzt, ist problematisch, weil sie doch immer die Gefahr birgt, in die Sackgasse eines Rüstungswettlaufs zu führen.

„Als rechtfertigenden Grund für diese militärische Rüstung pflegt man anzugeben, dass unter den gegenwärtigen Umständen der Friede nur

durch das Gleichgewicht der Rüstungen gesichert werden kann. Die militärische Rüstungssteigerung an einer Stelle hat also zur Folge, dass auch anderswo das Bestreben aufzurüsten zunimmt. Und wenn eine Nation mit Atomwaffen ausgerüstet ist, gibt dies anderen Nationen Anlass, dass auch sie sich solche Waffen mit gleicher Zerstörungskraft zu verschaffen suchen.“ (Pacem in Terris, 59)

Waffenbesitz, Waffenproduktion und Waffenhandel sind unter diesen Vorzeichen als ein Zustand zu deuten, den es zu überwinden gilt. Und dies erst recht, da die Norm des „Nie wieder Krieg“ als eine absolute Norm selbst in solchen Fällen berücksichtigt werden muss, in denen eine legitime Selbstverteidigung stattfindet.



- Wenn in der Vergangenheit Bischöfe oder diözesane Gremien gegen Rüstungsexporte Stellung genommen haben, hatte dies stets positive Resonanz in der Öffentlichkeit. Solche Stellungnahmen der Bischöfe sind wichtig, weil sie der Grundüberzeugung der allermeisten Kirchenmitglieder, aber auch vieler Menschen außerhalb der Kirchen eine Stimme geben.
- Glaubwürdige politische Initiativen verlangen, den Umgang mit kirchlichen Vermögensanlagen auf allen Ebenen stets daraufhin zu überprüfen, dass keine Rüstungsgeschäfte finanziert oder unterstützt werden. Aktionärsversammlungen können in Kooperation mit Gruppen kritischer Aktionäre dafür genutzt werden, problematische Geschäfte öffentlich zu hinterfragen.
- Besonders in Regionen mit starker Konzentration von Rüstungsbetrieben müssen die Sorgen der dort Beschäftigten um ihren Arbeitsplatz ernst genommen werden. In Kontakten zu Werksleitungen, Betriebsräten und Gewerkschaften sowie in gemeinsamen Initiativen mit der Betriebsseelsorge können mögliche Beschäftigungsalternativen thematisiert werden.

Im Hinblick auf den Bürgerkrieg im Irak gab Papst Franziskus zu bedenken: „In diesen Fällen, wo es sich um einen ungerechten Angriff handelt, kann ich nur sagen, dass es legitim ist, dem ungerechten Angreifer Einhalt zu gebieten. Ich unterstreiche das Verb: Einhalt gebieten. Ich sage nicht: bombardieren, Krieg führen, sondern Einhalt gebieten. Doch wir müssen auch ein Gedächtnis haben! Wie oft haben die Mächte mit der Entschuldigung, dem ungerechten Angreifer Einhalt zu gebieten, Völker an sich gerissen und einen wirklichen Eroberungskrieg geführt!“ (Pressekonferenz Rückflug von Korea nach Rom, 18. August 2014).

In der vernetzten Welt von heute muss auch Sicherheit als ein universales Prinzip begriffen werden. Nationale Sicherheit existiert nicht. In

den Worten von Papst Franziskus: „Eine einzelne Nation kann nicht darüber urteilen, wie einem ungerechten Angreifer Einhalt zu gebieten ist. Nach dem Zweiten Weltkrieg kam die Idee der Vereinten Nationen auf: Dort muss man diskutieren und sagen: ‚Ist es ein ungerechter Angreifer? Anscheinend ja. Wie gebieten wir ihm Einhalt?‘ Nur dies, und nichts mehr.“ (Pressekonferenz Rückflug von Korea nach Rom, 18. August 2014).

Unter diesem Blickwinkel leisten Waffenproduktion und Waffenhandel eben keinen Beitrag, um die nationale Sicherheit eines Landes zu gewährleisten. Waffenbesitz, Waffenhandel, Wettrüsten sind die Kehrseiten einer Medaille. Sie sind „eine der schrecklichsten Wunden der Menschheit“ (Gaudium et Spes, 81), aber Abrüstung und Frieden sind das bleibende Ziel.

Machen Sie mit!

Das Problem der Rüstungsexporte wird sich nur dann lösen lassen, wenn alle an einer Lösung interessierten Teile der Zivilgesellschaft zusammenarbeiten und ihre Kräfte bündeln.

Netzwerke bilden!



Die internationale katholische Friedensbewegung pax christi setzt sich seit vielen Jahren auf allen Ebenen für eine Reduzierung des Waffenhandels ein. Sie bietet allen ebenfalls daran Interessierten Informationsmaterial und Unterstützung bei Veranstaltungen an. Dabei sucht sie auch die enge ökumenische Kooperation und die Zusammenarbeit mit Partnern aus anderen Religionen, aus den Gewerkschaften, aus der Friedensbewegung, aus der Menschenrechtsarbeit und aus der Entwicklungszusammenarbeit. Mit der Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“, die von pax christi – Deutsche Sektion e.V. mitgegründet wurde, hat sich ein breites Spektrum an Organisationen, darunter auch viele aus dem kirchlichen Bereich, zusammengefunden, um dem Waffenexport aus Deutschland Einhalt zu gebieten. Dieses Bündnis sollte lokal, regional und überregional unterstützt und ausgebaut werden.



Hier gibt es zuverlässige Informationen im Internet

www.bits.de/frames/currentd.htm

- Wer sich über die gesetzlichen Regelungen zum Rüstungsexport in Deutschland und in der EU informieren möchte, findet diese auf der Website des Informationszentrums für transatlantische Sicherheit (www.bits.de/frames/currentd.htm).

www.bmwi.de/DE/Mediathek/publikationen

- Rüstungsexporte aus Deutschland werden in den Rüstungsexportberichten der Bundesregierung aufgeführt (www.bmwi.de/DE/Mediathek/publikationen).

www3.gkke.org/publikationen

- Eine sehr zuverlässige Informationsquelle ist insbesondere der jährlich erscheinende Rüstungsexportbericht der GKKE (Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung), der die Exporte auch in größere Zusammenhänge einordnet (www3.gkke.org/publikationen).

www.sipri.org

- Über den internationalen Waffenhandel informiert regelmäßig das Stockholmer Friedensforschungsinstitut SIPRI (www.sipri.org).

www.amnesty.de/laenderberichte

- Informationen über die Empfängerländer und speziell die Menschenrechtssituation dort bieten die Länderberichte von Amnesty International (www.amnesty.de/laenderberichte).

www.ruestungsexport.info

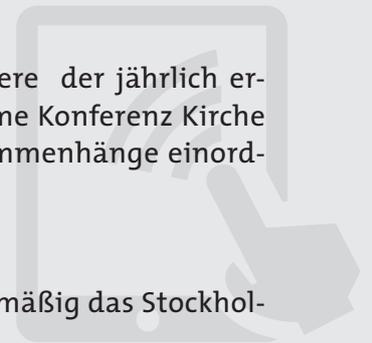
- Auch das Bonner Institut für Konversion (BICC) veröffentlicht Länderberichte und Infos zur Rüstungswirtschaft und zur Rüstungsexportpolitik (www.ruestungsexport.info).

www.aufschrei-waffenhandel.de

- Aktuelle Berichte über alle Aspekte des Themas und über Initiativen gegen den Waffenhandel veröffentlicht, laufend aktualisiert, die Aktion Aufschrei auf ihrer Homepage (www.aufschrei-waffenhandel.de).

www.paxchristi.de

- Auf der Homepage von pax christi (www.paxchristi.de) finden Sie aktuelle Stellungnahmen und regelmäßig aktualisierte Links zu weiteren Informationsangeboten.



Impressum

Hrsg: pax christi – Deutsche Sektion e.V.
Kommission Rüstungsexport

Autoren: Harald Hellstern, Karl-Heinz Wiest,
Fabian Sieber, Rüdiger Bienstadt, Verena Nerz
ViSdP: Christine Hoffmann, pax christi-General-
sekretärin

pax christi ist eine ökumenische Friedensbewegung in der katholischen Kirche. Sie verbindet Gebet und Aktion und arbeitet in der Tradition der Friedenslehre des II. Vatikanischen Konzils. Feindesliebe statt Vergeltung suchten französische Christinnen und Christen, als sie 1946 Deutschen zur Versöhnung die Hand reichten. Aus dem Geist der Versöhnung der französischen und deutschen Katholiken ist die pax christi Bewegung entstanden.

Heute tritt pax christi in über 60 Ländern für Frieden und Gerechtigkeit ein. Das Netzwerk »Pax Christi International« mit Sekretariat in Brüssel verleiht der katholischen Friedensbewegung die Stärke der internationalen Solidarität und Kooperation.



pax christi – Deutsche Sektion e.V.
Internationale Katholische Friedensbewegung

Hedwigskirchgasse 3, 10117 Berlin
T 030.200 76 78-0
sekretariat@paxchristi.de
www.paxchristi.de

Spendenkonto
Pax-Bank eG
Kto 4000 569 017 / BLZ 370 601 93
IBAN DE90 3706 0193 4000 569 017
BIC GENODED1PAX



Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel

Die Kampagne ist seit Mai 2011 das größte zivilgesellschaftliche Bündnis, dass die deutsche Rüstungsexportpolitik kritisch begleitet und Druck auf die Verantwortlichen macht, umzukehren zum Geist des Grundgesetzes, der besagt, dass Kriegswaffen und sonstige Rüstungsgüter grundsätzlich nicht exportiert werden.

Die Kampagne berichtet über eigene Aktivitäten und über die öffentliche Diskussion zum deutschen Rüstungsexport auf ihrem Internetportal: www.aufschrei-waffenhandel.de

Träger der Kampagne sind

- Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden e.V. (AGDF)
- AGEH – Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungshilfe e.V.
– Personaldienst der deutschen Katholiken für internationale Zusammenarbeit
- aktion hoffnung Rottenburg-Stuttgart e.V.
- Bischöfliches Hilfswerk MISEREOR
- Brot für die Welt – Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung
- Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) – Bundesvorstand
- Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK)
- Deutsche Sektion der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges e. V. (IPPNW) Deutschland
- NaturFreunde Deutschlands
- JuristInnen gegen atomare, biologische und chemische Waffen (IALANA) Deutsche Sektion
- Ohne Rüstung Leben (ORL)
- pax christi – Deutsche Sektion e.V.
- Provinzleitung der Deutschen Franziskaner und Kommission Gerechtigkeit – Frieden – Bewahrung der Schöpfung
- RüstungsInformationsBüro (RIB e.V.)
- terre des hommes – Hilfe für Kinder in Not
- Werkstatt für Gewaltfreie Aktion, Baden (WfG)

Zum **Aktionsbündnis** gehören weitere 100 Organisationen und Initiativen u.a.: medico international, attac Deutschland, Darmstädter Signal, Kooperation für den Frieden, ÖNiD, Evangelische Kirche Hessen-Nassau, Bischöfliche Kommission für Mission, Entwicklung und Frieden in der Diözese Osnabrück, Arbeitsgemeinschaft Katholischer Erwachsenenverbände im Erzbistum Freiburg, Katholiken- bzw. Diözesanräte/-versammlungen von Aachen, Augsburg, Essen, Freiburg, Mainz, Münster, Rottenburg-Stuttgart, etc.